

Buchbesprechungen / Book Reviews



Pierre Rosanvallon, Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg 2013 (Hamburger Edition), 384 S.

Nicht die Zunahme der Ungleichheit an sich ist das grundlegende Problem unserer heutigen Gesellschaft, sondern der damit verbundene Riss und die Spaltung der Demokratie zwischen politischer Bürgerschaft und sozialer Körperschaft. Mit dieser These eröffnet der französische Politikhistoriker Pierre Rosanvallon seine Abhandlung über „Die Gesellschaft der Gleichen“, um gleichzeitig festzustellen,

dass noch nie so viel über Ungleichheiten gesprochen und so wenig dagegen getan wurde wie heute. In diesem Sinne ist von einer „Krise der Gleichheit“ (S. 15) zu sprechen; weniger das heutige Ausmaß der sozialen Ungleichheit, welche weitaus gravierender in anderen geschichtlichen Epochen auftrat, als vielmehr die Vorstellung von Gleichheit selbst kennzeichnen die Krise. Die Forderung nach mehr Gleichheit zeigt sich entkoppelt von der eigenen Erfahrungswelt, erstarrt zu einer seelenlosen Leerformel. Auf die gebetsmühlenartigen Beschwörungen, „die Ungleichheiten zu verringern“, fehlt das positive Gegenstück einer erstrebenswerteren Welt. In diesem Sinne hat sich Rosanvallon keine geringere Aufgabe gestellt, „als diesen Gleichheitsgedanken neu zu begründen“ (S. 17).

Richtigerweise betont der Autor, dass „die Erfindung der Gleichheit“ gerade nicht in aufkommenden Einkommens- und Vermögensunterschieden ihren Ausgangspunkt hat. Tatsächlich sind die ideenhistorischen Wurzeln in der US-amerikanischen und französischen Revolution zu verorten, die bis heute den Grundtypus der Gleichheitsidee aufzeigen: die Gleichheit an Freiheit. Von der „Gleichheit des Marktes“ und dessen Überführung in den politischen Liberalismus kulminierte die Vorstellung des unabhängigen Individuums schließlich in die Gemeinschaft der Bürger. Durch das allgemeine Wahlrecht konnten die Vorstellungen von Gleichheits- und Gemeinschaftsindividuen in der Formel „eine Person, eine Stimme“ miteinander verbunden werden. Rosanvallon skizziert ein ursprüngliches Gleichheitsbild, das sich weniger durch materielle Egalität auszeichnet, vielmehr zeigt sich der staatsbürgerliche Charakter einer Gemeinschaft als eigentlicher Ausgangspunkt des Gleichheitsethos. So gesehen muss der Kampf gegen die ökonomische Ungleichheit immer vor dem Hintergrund gesehen werden, daraus hervorgehende Partikularinteressen zu begrenzen.

War die staatsbürgerliche Gleichheit stets als Korrektiv zu ökonomischen Ungleichheiten zu verstehen, musste dieses System im Laufe der industriellen Revolution und dem aufkommenden Kapitalismus an seine Grenzen stoßen. Die spektakulären ökonomischen Ungleichheiten riefen die Frage der Gleichheit in einer radikal neuen Weise auf den Plan. Die Antworten formulierten eine Neubestimmung der Gleichheit, die sich in letzter Konsequenz als eine „Pathologie der Gleichheit“ zu erkennen gab. In Form der liberal-konservativen Ideologie, dem Kommunismus, Nationalprotektionismus sowie Rassismus rekonstruiert Rosanvallon einen Gleichheitsgedanken, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts

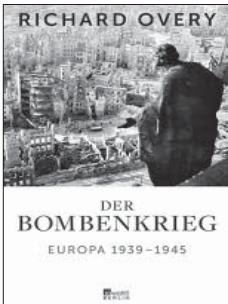
geradezu gegen sich selbst gekehrt war. Erst mit dem „Jahrhundert der Umverteilung“ und der Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts fand die Ungleichheit ein jähes Ende. Gleichwohl musste dieser Umschwung teuer erkauft werden, vollzog sich im Zuge des allgegenwärtigen Rufs nach sozialer Gerechtigkeit Anfang des 20. Jahrhunderts doch eine teilweise bis heute anhaltende Neuformulierung des republikanischen Gedankens: Die politische Dimension des Staates wird einzig als Werkzeug der wirtschaftlich-sozialen Dimension gesehen, ökonomische Ungleichheiten zu verringern. Ausgreifende Staatstätigkeit wird hier zum Ausdruck eines zivilisatorischen Fortschritts verkehrt.

Dazu hat sich ein Individualismus gesellt, der im Zusammenspiel mit einer alles durchdringenden Ökonomie die „Gesellschaft der Singularität“ (S. 259) begründet. In dieser Dimension gerinnt die Ungleichheit zum eigenverantwortlichen Paradigma, das sich das (singuläre) Individuum geradezu seinsmäßig, als Ausdruck eigenverantwortlicher Unzulänglichkeit, anhängt. Die Legitimität redistributiver Gerechtigkeitsansätze, wie sie nicht zuletzt seit „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls wieder auf der wissenschaftlichen Agenda stehen, bauen weniger auf den Allgemeinzustand einer Gesellschaft, sondern auf das Handeln und die soziale Lage der Individuen auf. Vor diesem Hintergrund dekonstruiert Rosanvallon zwei Ansätze, die eine Antwort auf die zunehmende Singularität geben, dabei jedoch unterschiedlicher kaum sein können. Auf der einen Seite schafft die absolute Herrschaft des Marktes eine totale Konkurrenz der Individuen, in der jedoch nicht Tugend oder Talent zum Wettbewerbsvorteil führen, sondern Intrigen und Manipulation. Auf der anderen Seite haben sich Ansätze einer radikalen Chancengleichheit hervor getan, die in letzter Konsequenz geradezu selbstzerstörerisch alle bestehenden Gesellschaftsverhältnisse neutralisieren müssen. Die Angleichung aller Lebenschancen mündet damit in der Vernichtung aller Lebenschancen schlechthin.

Sind die Rekonstruktionen der Ideen- und Institutionsgeschichte des Gleichheitsgedankens durchgehend mit Gewinn zu lesen, muss der „erste Entwurf“ (S. 301) eines angemessenen Gleichheitspostulates doch enttäuschen. Zwar plädiert Rosanvallon für eine „Gesellschaft der Gleichen“, die sich einerseits dem revolutionären Geist der demokratischen Gleichheit bewusst wird und andererseits dem individual-singulären Zuschnitt der Gesellschaft Rechnung trägt, doch fallen die Rekonstruktionen negativ als das ins Gewicht, was sie letztlich auch sind – „ein erster Entwurf“. Auf der Basis der drei Grundvoraussetzungen Singularität, Reziprozität und Kommunalität öffnet der Autor ein weites Feld, das über Anerkennungsphilosophie und Geschlechtergleichheit eine tiefere Betrachtung verdient hätte. Gleichwohl hat Rosanvallon mit dem Plädoyer für eine „Renationalisierung der Demokratie“ (S. 354) das richtige Gespür für die Anforderungen an einen globalen Kapitalismus, in dem ökonomische Ungleichheiten kaum noch zu vermeiden bzw. charakteristische Konstante sind. Eine „Gleichheit in der Ungleichheit“ muss das anleitende Prinzip einer Gesellschaft sein, die zu den Wurzeln der Gleichheit in Zeiten der Singularität zurückfinden will. Verteilungs- und Umverteilungsgleichheit können dort sekundär bleiben,

wo der Zusammenhalt einer Gesellschaft in die „Wiederaneignung des Politischen“ (S. 354) mündet. Erst dann wird ein „stetiger Kampf“ um Gleichheit „als permanente Tätigkeit“ (S. 146) in einer sich selbst bewussten Gemeinschaft möglich sein.

Rudi Bigalke, Bernsdorfer Straße 96, 09126 Chemnitz.



Richard Overy, Der Bombenkrieg. Europa 1939–1945, Berlin 2014 (Rowohlt), 1053 S.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der bekannte britische Historiker Richard Overy hat mit seiner Monografie über den Bombenkrieg in Europa ein Standardwerk vorgelegt, das sich dem Untersuchungsgegenstand mit einer bewundernswerten Objektivität nähert. Dies muss umso stärker gewürdigt werden, als es gerade vielen Briten heute immer noch schwerfällt, sich von der Vorstellung zu lösen, die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg sei eine militärisch sinnvolle und moralisch gerechtfertigte Kriegshandlung gewesen. Dem setzt Overy mehrmals in aller Deutlichkeit ein Nein entgegen. Er betont, dass die alliierten Bomberoffensiven ganz klar anerkannte Bestimmungen des Kriegsrechts verletzen (S. 894 f.).

Doch bevor Overy sich mit diesen Fragen beschäftigt, beschreibt er zunächst die vor und nach dem Ersten Weltkrieg erfolgten Bemühungen um bindende Abkommen zur Ächtung des Bombenkriegs und die internationale Furcht vor verheerenden Luftangriffen. Die Erwartung eines künftigen Luftkriegs, so Overy, war Ende der 1930er-Jahre tief in der europäischen Kultur verankert (S. 73). Dass gerade Großbritannien und die USA für einen strategischen Bombenkrieg eintraten, erklärt der Autor zum einen mit der geografischen Lage der beiden Großmächte und ihren internationalen Aufgaben, zum anderen mit der Erfahrung des Ersten Weltkriegs, der gewaltige Verluste gefordert hatte. Diese hoffte man in einem künftigen Krieg durch strategische Luftangriffe zu minimieren (S. 90 f.). In Großbritannien hatten zudem die Erfahrungen des „Air Policing“ gegen rebellische Stämme im Irak und im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet zur Überzeugung geführt, dass Bombenangriffe kriegsentscheidend seien (S. 85).

Overy untersucht in seiner Studie sowohl die strategischen Entscheidungen der beteiligten Luftwaffenführungen als auch die gesellschaftlichen Wirkungen des Luftkriegs sowie die Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie. Seine Leitfragen lauten, „was mit den Bomberoffensiven erreicht werden sollte“ und „welche Auswirkungen sie tatsächlich auf die bombardierten Bevölkerungen hatten“ (S. 12). Den breitesten Raum nehmen dabei die angloamerikanischen

Luftangriffe gegen Deutschland ein. Das ist verständlich, denn drei Viertel aller im Krieg abgeworfenen Bomben fielen allein in den letzten acht Kriegsmonaten auf Deutschland (S. 545).

Die Briten begannen den Bombenkrieg gegen das Deutsche Reich am 11./12. Mai 1940 mit einem Angriff auf Mönchengladbach (das damals noch München-Gladbach hieß). Grund dafür, so Overy, war nicht, wie immer wieder behauptet wurde, der deutsche Luftangriff auf Rotterdam (der ohnehin erst drei Tage später stattfand), sondern die kritische Lage in der Schlacht um Frankreich (S. 344, 350). Bereits seit Kriegsbeginn hatte die Royal Air Force (RAF) darauf gedrängt, Bombenangriffe ohne Rücksicht auf zivile Opfer fliegen zu dürfen (S. 354). Im Oktober 1940 erhielt die RAF die Erlaubnis, deutsche Stadtgebiete zu bombardieren, um die Moral der deutschen Heimatfront zu zerrütten. Offiziell hieß es in Großbritannien allerdings, die britischen Bomber würden stets nur militärische Ziele und Industriezentren angreifen. Damit sollte der Eindruck vermieden werden, dass vorsätzliche Bombenangriffe auf Zivilisten geplant seien. John Slessor, der Assistant Chief of the Air Staff, schrieb im August 1942 an den Leiter der Planungsabteilung, Bombenangriffe auf Zivilisten stünden „im Gegensatz zu den Grundsätzen des Kriegsvölkerrechts [...], so wie sie augenblicklich gelten“ (S. 361, 353).

Gerade die Bombenangriffe der letzten drei Kriegsmonate sieht Overy als nicht notwendig und moralisch nicht zu rechtfertigen an (S. 563). Der britische Luftangriff auf Dresden in der Nacht vom 13./14. Februar 1945 ist dabei besonders bemerkenswert: Ein Offizier der britischen Luftwaffe räumte zwei Tage nach dem Angriff auf einer Pressekonferenz ein, „dass das Bombardieren der Städte in der vollen Absicht geschehe, Panik zu erzeugen und den Durchhaltewillen der Bewohner zu brechen“. Durch die Verbreitung dieser Nachricht in der Presse wurde zum ersten Mal „der wahre Charakter der Flächen- und Blindbombardements ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt“ (S. 571). Leider in eine Endnote verbannt sind dabei folgende bemerkenswerte Sätze Overys: „Das Thema wird noch immer heftig diskutiert, ausgehend von den fadenscheinigen Behauptungen, dass die 1923 vorgeschlagenen Haager Landkriegsregeln nie ratifiziert worden seien oder dass verteidigte Städte nicht das gleiche Recht auf Schonung hätten wie ‚unverteidigte‘ Städte. Die 1907 beschlossene Haager Landkriegsordnung macht deutlich, dass es in der Absicht des vorhandenen Regelwerks liegt, all jene Kriegsakte als illegitim [sic!] zu charakterisieren, die mit dem Vorsatz geführt werden, Leben und Eigentum von Zivilisten zu vernichten“ (S. 1001, Anm. 40).

Demgegenüber seien die deutschen Luftangriffe auf Warschau und Rotterdam, so Overy, keine „Terrorangriffe“ gewesen (S. 104, 109). Den deutschen Angriff auf London am 7. September 1940 bezeichnet der Autor als „Revancheangriff“ und „Luftschlag, der dazu gedacht war, die Öffentlichkeit in Deutschland zufriedenzustellen, den Londonern die Kriegsbegeisterung auszutreiben und vielleicht sogar die RAF zu veranlassen, die Bombardierungen [deutscher Städte] abzubrechen“ (S. 137). Doch auch dieser Luftangriff, so Overy, sei kein

„Terrorangriff“ gewesen, da er sich nicht vorrangig gegen die Londoner Bevölkerung gerichtet habe (S. 139). Stattdessen seien die deutschen Luftangriffe auf Großbritannien von September 1940 bis Juni 1941 vor allem Schläge gewesen, welche die englische Wirtschaft treffen sollten (S. 150). Dementsprechend bildeten in der ersten Hälfte 1941 britische Flugzeugfabriken das Hauptziel der deutschen Luftangriffe (S. 168). Dass bei diesen Angriffen dennoch sehr viele britische Zivilisten getötet oder verletzt wurden, führt Overy vor allem auf mangelnde und unzureichende Luftschutzräume zurück (S. 209, 216).

Overy konstatiert, dass die deutschen Luftangriffe auf Großbritannien nicht zwecklos waren, da sie auf die britischen Kriegsanstrengungen nachhaltigen Druck ausübten und die Briten zwangen, große Kapazitäten im englischen Mutterland zu konzentrieren, die im Mittelmeerraum, in Nahost und Südostasien fehlten; darüber hinaus sollten sie England daran hindern, der Sowjetunion in größerem Umfang Hilfe zu leisten, nachdem der deutsche Feldzug zur Eroberung von Lebensraum im Osten begonnen hatte (S. 173 f.). „Der bedeutsamste strategische Effekt des Bombenkriegs“, so Overy, „lag darin, dass wesentliche militärische und zivile Ressourcen für Flugabwehr- und Luftschutzmaßnahmen in Anspruch genommen wurden“ (S. 179). Laut britischer Einschätzung waren die deutschen Luftangriffe indes zu schwach, um die Moral der Bevölkerung zu erschüttern (S. 269). Und trotz weit verbreiteter Rachegefühle gab es in Großbritannien selbst während der schwersten deutschen Luftangriffe 1940/41 viele Gegner eines unterschiedslosen Bombenkriegs gegen Deutschland (S. 263).

Nicht nur die Deutschen, sondern auch Briten und Amerikaner fanden rasch heraus, dass die größten Schäden bei Luftangriffen durch Brandbomben entstanden (S. 242). Das Ausbrennen deutscher Städte wurde bekanntlich das Markenzeichen des britischen Bomberkommandos unter Luftmarschall Arthur Harris. Doch noch bevor dieser den Oberbefehl übernahm, erging im Februar 1942 eine Weisung, dass die Bomber ausschließlich die feindliche Zivilbevölkerung angreifen sollten (S. 414). Der Übergang zu unterschiedslosen Flächenbombardements, so Overy, erfolgte nicht gezwungenermaßen wegen der mangelnden Genauigkeit der Angriffe, wie oft behauptet wurde (S. 368). In Wirklichkeit ging die RAF aus prinzipiellen Erwägungen zum „Morale Bombing“ über. Bereits im Frühjahr 1941 hatte die Führung der RAF als vorrangiges Ziel der Bombenangriffe die Tötung deutscher Arbeiter und die Zerstörung ihrer Wohnviertel bestimmt (S. 373). Overy bemerkt dazu: „Der Begriff des Kollateralschadens wurde auf den Kopf gestellt: Der Tod von Arbeitern und die Zerstörung ihrer Behausungen waren nicht lediglich eine Nebenwirkung der Bombardierung von Fabriken, sondern die Zerstörung von Fabriken galt als Kollateralschaden der Vernichtung von Arbeitervierteln“ (S. 374). Harris glaubte, das Deutsche Reich auch ohne Invasion von Bodentruppen, allein durch Bombenangriffe (und die sowjetischen Erfolge an der Ostfront) im Jahr 1944 besiegen zu können (S. 444). Premierminister Winston Churchill spielte sogar mit dem Gedanken, Giftgas gegen die deutschen Städte einzusetzen, um die deutsche Niederlage zu beschleunigen (S. 550).

Dementsprechend hielt Harris starr an seiner Strategie fest und weigerte sich, Angriffe auf industrielle Punktziele fliegen zu lassen. Dadurch behinderte er die von den Amerikanern geforderte Ausschaltung der deutschen Jagdflugzeugproduktion (S. 497). Wie sowohl deutsche Militärs als auch alliierte Untersuchungskommissionen kurz nach dem Krieg feststellten, hatten die US-Angriffe auf die Treibstoffversorgung und auf die Infrastruktur tatsächlich Deutschlands Niederlage beschleunigt – die RAF-Flächenangriffe hingegen nicht (S. 582). Allerdings begannen im September 1943 auch die Amerikaner mit unterschiedslosen Bombenangriffen, wobei sie sich fortan bei gutem Wetter auf Punktziele konzentrierten, bei schlechtem Wetter mit Hilfe von Radar dagegen Flächenziele bombardierten (S. 500 f.). Doch die Hoffnung, mit solchen Angriffen die Moral der deutschen Bevölkerung zu brechen, erfüllte sich nicht. Overy bekräftigt eine Feststellung, die vor einiger Zeit bereits Hans Mommsen gemacht hat: „Mit dem Feuersturm in deutschen Städten wollten alliierte Luftkriegsplaner Widerstand gegen Hitlers System schüren. Das ging nicht auf – im Gegenteil: Unter den Bomben entstand Durchhalte-Stimmung, NS-Organen konnten sich als Nothelfer inszenieren und banden das Volk ans Regime.“¹

Dem deutschen Leser weniger bekannt sein dürfte, dass die Alliierten auch über Italien große Mengen von Bomben abwarfen (S. 755). Allein Rom wurde mehr als 50-mal bombardiert, wobei mehr als 7000 Menschen getötet wurden (S. 758, 766). Bologna wurde von 1943 bis 1945 sogar 94-mal bombardiert (S. 777 f.). Im April 1942 erhielt das Bomberkommando zudem die Anweisung, Ziele im besetzten Frankreich, in Holland und in Dänemark zu bombardieren, um die Deutschen zu bewegen, den besetzten Gebieten Teile ihres Luftschutzes zur Verfügung zu stellen. Damit sollte der Luftschutz in Deutschland geschwächt werden (796). Frankreichs Städte mussten in der Folge für die deutsche Besatzung und die Befreiung durch die Alliierten einen hohen Preis zahlen, was 1943 sogar zu einem antienglischen Stimmungsumschwung führte (S. 802). Paris wurde wiederholt bombardiert, Lorient fast dem Erdboden gleich gemacht (S. 801, 803). Ein US-Angriff auf Nantes am 16. September 1943 forderte 1100 Todesopfer, ein Angriff auf Marseille am 27. Mai 1944 sogar 1752 (S. 822). Die Normandie hatte 14000 tote Zivilisten zu beklagen, davon 57 Prozent durch Bomben (S. 827).² Dabei trugen die Bombenangriffe kaum zur Beschleunigung des alliierten Vormarschs bei (S. 829). Auch Holland und Belgien hatten zahlreiche Luftangriffe zu ertragen, die zum Teil viele Opfer forderten (S. 853, 857). Und bei der Beschreibung der alliierten Bombenangriffe auf die südosteuropäischen Verbündeten der Achsenmächte und das von den Deutschen besetzte Osteuropa hält Overy plakativ fest: „Überall, nur nicht in Auschwitz“ (S. 834). Die

1 Hans Mommsen, Wie die Bomber Hitler halfen. In: Stephan Burgdorff/Christian Habbe (Hg.), Als Feuer vom Himmel fiel. Der Bombenkrieg in Deutschland, Bonn 2004, S. 115–121, hier 115.

2 Vgl. zu den Opferzahlen ausführlich auch Peter Lieb, Konventioneller Krieg oder NS-Weltanschauungskrieg? Kriegführung und Partisanenbekämpfung in Frankreich 1943/44, München 2007, S. 202–219.

immer wieder gestellte Frage, ob Auschwitz hätte bombardiert werden können, beantwortet Overy mit einem klaren Ja (S. 836).

Zu den vielen Dingen, die an Overys Studie lobenswert sind, gehört die Behandlung des Luftkriegs in der Sowjetunion. Auch hierbei überzeugt Overys Bemühen um größtmögliche Sachlichkeit und Objektivität. In seinem 1999 erschienenen Buch „Why the Allies won“ (deutsch: „Die Wurzeln des Sieges“) hatte der Autor noch recht unkritisch einige Legenden der sowjetischen Geschichtsschreibung tradiert.³ Gestützt auf eine hervorragende Quellengrundlage, äußert sich Overy in der vorliegenden Studie indes immer wieder kritisch zu den überzogenen sowjetischen Opferzahlen durch deutsche Luftangriffe (S. 287, 305, 307, 325 f.).

Nicht verschwiegen werden sollen aber auch einige Kritikpunkte. So zitiert Overy an einer Stelle aus dem „Buch Hitler“, das 2005 von Henrik Eberle und Matthias Uhl herausgegeben wurde.⁴ Diese Quelle verrät vor allem etwas darüber, wie die sowjetische Seite Hitler sehen wollte. Die vermeintlich authentischen Aussagen von Hitlers Adjutant Otto Günsche und seinem Kammerdiener Heinz Linge sind jedoch teilweise so absurd, dass sich der Verdacht aufdrängt, Günsche und Linge hätten den Sowjets im Verhör entweder erzählt, was diese hören wollten. Oder die Bearbeiter des Dossiers hätten die Aussagen der Deutschen so stellt, dass von den tatsächlichen Fakten nicht mehr viel übrig geblieben ist.⁵

Mehr Quellenkritik hätte man sich auch bei den verwendeten Fotografien gewünscht. So lautet die Bildunterschrift einer Abbildung auf S. 306: „Deutsche Bomber greifen im August 1942 auf der Wolga bei Stalingrad Boote mit Flüchtlingen an.“ Bei den drei abgebildeten Flugzeugen handelt es sich jedoch nicht um deutsche Maschinen, sondern um sowjetische Kampfflugzeuge vom Typ Petljakow Pe-2 oder Tupolew Tu-2.

Wünschenswert gewesen wäre auch eine Auseinandersetzung mit den Opferzahlen der Bombenangriffe auf Hamburg. Overy stützt sich dabei auf die Angaben des Statistischen Reichsamts, die wohl zuerst von Olaf Groehler publiziert wurden.⁶ Mag die genannte Gesamtzahl der Opfer aller Angriffe vom Juli/August 1943 mit 37 000 bis 39 000 auch durchaus korrekt sein; die Zahlen für die einzelnen Angriffe sind es offensichtlich nicht. Laut Statistischem Reichsamt

3 Vgl. dazu beispielsweise die Kritiken in: Roman Töppel, Legendenbildung in der Geschichtsschreibung – Die Schlacht bei Kursk. In: Militärgeschichtliche Zeitschrift, 61 (2002) 2, S. 369–401, hier 382; Adrian E. Wettstein, Die Wehrmacht im Stadtkampf 1939–1942, Paderborn 2014, S. 422.

4 Henrik Eberle/Mattias Uhl (Hg.), Das Buch Hitler. Geheimdossier des NKWD für Josef W. Stalin, zusammengestellt aufgrund der Verhörprotokolle des Persönlichen Adjutanten Hitlers, Otto Günsche, und des Kammerdieners Heinz Linge, Moskau 1948/49, Bergisch-Gladbach 2005.

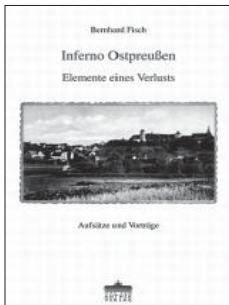
5 Dies hat der Rezensent am Beispiel des Angriffs auf Kursk im Sommer 1943 untersucht. Die Aussagen dazu im „Buch Hitler“ sind dermaßen abwegig, dass ihr Quellenwert höchstens in der Sichtweise der sowjetischen Historiografie zu sehen ist, die sich darin widerspiegelt.

6 Olaf Groehler, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 106 f.

sollen bereits beim ersten schweren Angriff in der Nacht vom 24./25. Juli 1943 mehr als 10 000 Menschen getötet worden sein. Beim verheerendsten Angriff, jenem vom 27./28. Juli, seien etwa 18 500 Opfer zu beklagen gewesen, beim Angriff vom 29./30. Juli dann noch einmal fast 10 000 (S. 479–482). Fünfstellige Opferzahlen wurden bei Bombenangriffen im Zweiten Weltkrieg allerdings nur erreicht, wenn in der bombardierten Stadt ein Feuersturm ausbrach. Im Falle Hamburgs war das lediglich beim Angriff vom 27./28. Juli der Fall. Dem Standardwerk über die Bombenangriffe auf Hamburg von Hans Brunswig folgend, dürfte der Feuersturm vom 27./28. Juli bereits mehr als 30 000 Opfer gefordert haben, während die Opferzahlen bei den beiden anderen schweren Nachtangriffen bei etwa 1 000 bis 1 500 Toten lagen.⁷

Bei der Beschreibung des Luftkriegs an der Ostfront spricht Overy an, dass die sowjetische Luftwaffe im August 1941 die ersten, sehr schwachen Fernbomberangriffe gegen Berlin flog (S. 292). Erwähnung verdient hätten aber auch die Angriffe der sowjetischen Luftwaffe auf ostdeutsche Städte im Frühjahr 1943.⁸ Eine Reihe kleiner Fehler, etwa falsche Beschreibungen von Flugzeugtypen, fällt dagegen nicht ins Gewicht und ist kaum der Erwähnung wert. Insgesamt hat Overy ein großartiges Werk vorgelegt – ein Muss für jeden Historiker, der sich mit der Luftkriegsgeschichte des Zweiten Weltkriegs beschäftigt.

Roman Töppel, Schellingstraße 67, 80799 München.



Bernhard Fisch, Inferno Ostpreußen. Elemente eines Verlusts, Berlin 2015 (Anthea Verlag), 352 S.

Bernhard Fisch könnte mit nachvollziehbaren Argumenten den Status eines Zeitzeugen jenes Ereignisses für sich beanspruchen, das als Massaker von Nemmersdorf Eingang in die deutsche Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkrieges gefunden hat. Soldaten der Roten Armee brachen am 20. Oktober 1944 ins ostpreußische Nemmersdorf ein und richteten dort ein Blutbad an. Zahlreiche Männer, Frauen und Kinder wurden ermordet. Als Richtkanonier einer Haubitzenbatterie war Fisch an der Rückeroberung des Ortes beteiligt, den er wenige Tage später selbst in Augenschein nehmen konnte. Ein Zeitzeuge will er jedoch nicht sein.

Es gehört zu den scheinbaren Merkwürdigkeiten eines Lebens in der DDR, dass der in Ostpreußen geborene promovierte Russischlehrer und SED-Genosse

7 Vgl. Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg. Die Luftangriffe auf Hamburg im 2. Weltkrieg und ihre Folgen, Spezialausgabe, Stuttgart 2003, S. 206, 259, 402.

8 Vgl. Christer Bergström, Kursk. The Air Battle: July 1943, Hersham 2007, S. 18.

Bernhard Fisch ausgerechnet während einer Weiterbildung an der Lomonosow-Universität Mitte der 1970er-Jahre auf Quellen stieß, die das Interesse an seiner Heimat und Zweifel an den uneigennütigen Motiven der „Befreier“ weckten – in der Bundesrepublik erschienene Bücher über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem historischen Osten sowie sowjetische Tageszeitungen aus den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges. 1989 dann, so erfährt der Leser auf S. 351 habe Bernhard Fisch „nur 200 Meter vom Kreml entfernt sowjetische Dokumente [gefunden], die belegen: In Ost wie in West wird so gut wie nur Unwahres über die Ursachen der Vertreibung der Ostdeutschen 1945 bis 1948 geschrieben.“ Es bedurfte durchaus verlegerischen Mutes, eine Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen zu lektorieren und herauszugeben, die in Geist und Sprache klassenkämpferischen Grundüberzeugungen einer unverkennbar kommunistischen Weltanschauung folgen und sich, so der Anspruch des Autors, „gegen diese Geschichtsklitterungen“ wenden. Lohnte sich der Aufwand? Das ist die spannende Frage.

Der Band erinnert bei mehrmaligem Lesen an ein Kaleidoskop aus Kindertagen, das mit jeder Drehung ein neues Bild erzeugt. Die im ersten Kapitel vollzogene geografisch-geologische Verortung und schwärmerische Verklärung Ostpreußens stellt Johann Gottfried Herder besonders heraus, dessen Geburtsort Mohrunen (heute Morag) etwa 80 Kilometer nordwestlich von Willenberg (heute Wielbark) liegt, dem Geburtsort des Autors. Beide Orte gehörten zum Regierungsbezirk Königsberg. Herder dient dem Autor vor allem zur Hervorhebung seines Studienfaches, der Slawistik, die dieser an deutschen Universitäten etabliert habe. Allerdings hätte es durchaus eines Beleges dieser Behauptung des Autors bedurft, denn als Vater der Slawistik galt in der DDR keineswegs Herder, sondern der Tscheche J. Dobrovský, ein Zeitgenosse Herders.

Auch in der Beschreibung der „preußischen Residenzstadt“ Königsberg dominiert Herder, dessen Weltbild in der Tat während seiner Königsberger Jahre entstand und der bis heute ein hohes Ansehen in den Ländern Ost- und Südosteuropas genießt. Und das wohl vor allem deshalb, weil er die Auflösung des polnischen Staates im Jahre 1795 ein Unrecht nannte.

Seine Fähigkeiten zur akribischen Analyse geografischer Angaben demonstriert Fisch anhand des Romans „Die Jeronim Kinder“ von Ernst Wiechert, dessen Handlung und Akteure in dem masurischen Dörfchen Sowirog angesiedelt sind. Das Ergebnis: Ein fiktiver Ort, in den Wiechert Heimatkundliches in Hülle und Fülle hineinprojizierte. Fisch attestiert dem Dichter eine „gut gemachte Fiktion“, die uns glauben lasse, „dass wir die volle Realität erleben“. Ein Urteil, das zwar keineswegs als banal zu bezeichnen ist, jedoch unweigerlich die Frage aufwirft, in welchem Zusammenhang der Leser diese alte Weisheit mit dem „Inferno Ostpreußen“ stellen soll.

So verständlich der Wunsch des Autors auch sein mag, am Beginn des Bandes in seine Biografie einzuführen und die Lust am Philosophieren zumindest anklingen zu lassen, wirkt Teil 1 des Bandes doch reichlich konstruiert. Die Überschriften von Teil 2, „wer den Wind sät ...“, und Teil 3, „... wird den Sturm

ernten“, sind durchaus als das monokausale Credo des Autors zu deuten. Zwei Akteure stehen stellvertretend für die Kategorie derjenigen, die den Wind gesät haben, der SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS und der Polizei Curt von Gottberg als ein „Täter von Adel“ sowie der Jurist Dr. Alfred Gille als ein „bürgerlicher Held“.

Der Rückblick auf das Jahrhundertereignis „Erster Weltkrieg“ dient wohl mehr der politischen Verortung des Autors als dem Verständnis des Folgenden. Für ihn beendete die Novemberrevolution 1918 das „Schlachten um Einfluss-sphären“ (S. 62). Die Genugtuung des in den Begriffen Klassenkampf und Ausbeutung denkenden Autors ist unübersehbar, die Gräueltaten der Waffen-SS in der besetzten Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges am Beispiel eines skrupellosen Generals adeliger Herkunft abhandeln zu können.

Mit Hilfe der in Zwischenüberschriften verwendeten drastischen Begriffe wie „Betrüger und Grobian“, „Säufer“, „unschuldig schuldig gesprochener Geschäftemacher“ sowie „Schlächter“ zeichnet Fisch das Bild eines Generals, der trotz einer Verurteilung wegen Untreue und Betrug von der SS-Führung nicht fallen gelassen wurde. Er erreichte stattdessen sogar die volle Rehabilitierung durch den Reichsführer SS, Heinrich Himmler. Als „Höherer Polizeiführer“ der Gebiete Russland-Mitte und Weißruthenien im Range eines Generalleutnants habe er sowjetische Kriegsgefangene, vor allem Ukrainer, Kaukasier und Belorussen, zur Unterstützung des Kampfes gegen die Partisanen angeworben, um angesichts großer Verluste der Wehrmacht die Existenz des Nationalsozialismus sowie sein eigenes Leben zu verlängern (S. 84).

In der 1998 geführten Diskussion um „eine Beteiligung der Wehrmacht an dem NS-Verbrechersystem“ bezieht Fisch mit einem Verweis auf seinen Protagonisten von Gottberg und dessen Rolle als Chef der 1944 nach ihm benannten Kampfgruppe eindeutig Position. Diese Gruppe operierte im weißruthenischen Raum und setzte sich aus SS- und Polizeikräften „sowie für diesen Zweck unterstellten zahlreichen Verbänden des Heeres“ zusammen. Das sei der Beweis für die „aktive Beteiligung an dem nationalsozialistischen Völkermord“ (S. 87), argumentiert er. Bis heute habe das weitere Schicksal Gottbergs, ob Selbstmord oder Gefangennahme durch die Alliierten, nicht endgültig geklärt werden können.

Nach dem adeligen von Gottberg betritt der 1901 im ostpreußischen Insterburg geborene Jurist Dr. Alfred Gille die Bühne. Gille war von November 1942 bis zum Oktober 1943, der Rückeroberung durch die Rote Armee, als Gebietskommissar in der ukrainischen Stadt Saporoshje eingesetzt. Im Großraum Saporoshje sollen 86 700 Zivilisten „durch Erschießungen als Geiseln, zur Vergeltung für Anschläge sowie bei Anti-Partisanenunternehmen umgebracht worden sein, außerdem 10 900 sowjetische Kriegsgefangene“ (S. 97). Bisher seien, so der Autor, 17 „deutsche Aktivitäten“ innerhalb des Stadtgebiets bekannt geworden. Offenbar liegen dem Autor keine Beweise vor, dass Gille maßgeblich oder gar verantwortlich darin involviert gewesen ist. Dennoch, so Fisch, müsse er davon zumindest Kenntnis gehabt haben. „Und von all diesen Untaten will der Ver-

waltungschef der Stadt nicht gewusst haben“, fragt er deshalb und beantwortet seine Frage auch umgehend: „Schön, er mag keinen Bürger der Stadt mit eigener Hand getötet oder geprügelt haben. Das hatte er auch nicht nötig.“ Denn es habe nur einer Bitte an den SS- und Polizeistandortführer bedurft, gibt er sich überzeugt, die jeweilige Angelegenheit „zu regeln“ (S. 100).

In der frühen Bundesrepublik engagierte sich Gille im Bund der Vertriebenen, wurde Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein und versah von Februar 1952 bis zum März 1966 das Amt eines Sprechers (Präsident) der Landsmannschaft Ostpreußen. 1968 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse (S. 103 f.). Für Fisch ist Gille geradezu der Prototyp eines Unbelehrbaren. „Er schwieg, treu bis in den Tod.“

Mit der Rolle Stalins bei der endgültigen Festlegung der Oder-Neiße-Grenze leitet Fisch zu denjenigen über, die „den Sturm ernten“ werden. Er stützt sich vor allem auf „sowjetische, russische und polnische Quellen“, die ihn erkennen lassen: „Die Treffen der Chefs der verbündeten Regierungen in Teheran, Jalta und Potsdam waren nur Stufen auf dem Wege zur Realisierung des stalinschen Kompensationsplans“ (S. 139), der die Westverschiebung Polens bis an die Oder vorsah. Dadurch konnte sicher gestellt werden, dass die Sowjetunion die auf der Grundlage des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 annektierten Gebiete nicht wieder an Polen zurückgeben musste. Bereits Ende Juli 1944 schloss die Sowjetunion ein geheimes Abkommen mit dem zu diesem Zweck am 22. Juli in Barwicha bei Moskau gegründeten Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (S. 116) über den Verlauf der künftigen sowjetisch-polnischen Grenze ab. Gleichzeitig versprach Stalin, sich dafür einzusetzen, dass die polnische Westgrenze „auf einer Linie westlich von Swinemünde zur Oder, wobei Stettin auf polnischer Seite bleibt, weiter den Lauf der Oder aufwärts zur Mündung der Neiße und von hier an der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze festgelegt werden soll“ (S. 118 f.). Gegen alle Widerstände und auf „schwerwiegende Lügenkomplexe“ gestützt (S. 133) sei es Stalin und seinen „Warschauer Freunden“ schließlich gelungen, das geheime Abkommen vom Juli 1944 „bis zum letzten Buchstaben“ umzusetzen (S. 135). Die Zivilbevölkerung in den Oder-Neiße-Gebieten sei mit der Drohung „die Russen kommen“ oder unter „Androhung von Gewalt“ zur Flucht bewogen worden. Als wenig gelungen ist der Versuch des Autors zu bewerten, die Gewaltakte von Rotarmisten, die „willkürlich Einzelpersonen und Gruppen erschossen, fast alle Frauen vergewaltigten und plünderten“, durch die Unterstellung zu relativieren, dass die Flüchtlinge zuvor „die braune Barbarei“ überlebt hatten (S. 140).

Die Analyse zeitgenössischer sowjetischer Presseerzeugnisse des Zeitraums von Oktober 1944 bis Mai 1945 liefert die Grundlage einer Bewertung der „politisch-ideologischen Vorbereitung des sowjetischen Soldaten auf die Begegnung mit der Zivilbevölkerung Ostpreußens“. Besondere Beachtung erfuhren 18 Artikel von Ilja Ehrenburg, einem Schriftsteller und Kenner von Deutschland und Westeuropa der Vorkriegszeit, der sich durch Hass und Aufrufe durch besondere Härte hervortat. Ehrenburg lasse einen Disput über gute und schlechte

Deutsche mit der Äußerung eines Leutnants enden, dass es durchaus gute Deutsche gebe – „wenn sie tot sind“ (S. 162). Relevante Hintergrundinformationen lieferten darüber hinaus Monografien aus der Sowjetzeit und neuere Aufsätze in russischen Zeitschriften.

Zu einer Zeit, als kaum noch Deutsche in den eroberten Gebieten anzutreffen waren, wurde den Rotarmisten eingeschärft, dass jeder Zivilist, der hier angetroffen werde, ein Deutscher sei und allein deshalb unschädlich gemacht werden müsse. Später dann trafen die Sieger auf Hunderttausende von Zivilisten. Auch diese galt es zu bestrafen, weil sie „Hitler in irgendeiner Form unterstützt haben“. Allerdings habe sich die Armeeführung bald „um die Verbesserung der Disziplin und die exaktere Einhaltung der Vorschriften“ für den Umgang mit der Zivilbevölkerung bemüht (S. 183).

Beinahe 40 Seiten widmet Fisch dem eingangs erwähnten Massaker von Nemmersdorf. Anhand eigener akribischer Recherchen weist er auf Lücken und Schwächen der bisherigen Forschung hin. Bis zum heutigen Tage werde in der Forschung „das Bild gezeichnet, das Goebbels 1944 vorgegeben“ habe, so sein Vorwurf (S. 203). Für ihn stehe fest, dass sich für diese erste „Begegnung“ kein „einheitliches Muster“ ableiten lasse. Es habe sowohl „Zusagen der Unversehrtheit“ und „realen Schutz“ durch die Rote Armee gegeben als auch „Vergewaltigung und Mord“ (S. 200).

Fisch bezichtigt die bundesdeutschen Historiker, in der Zeit des Kalten Krieges auf unabhängige Forschung verzichtet zu haben. „Zulässig war und gefördert wurde alles, was dem roten Gegner schadete“ (S. 192). Erst Manfred Zeidler, von 1994 bis 1997 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut, habe 1996 „erstmalig umfangreich aussagekräftiges Material aus in der Sowjetunion veröffentlichten Publikationen geschöpft“ (S. 257). Nicht immer vermag er überzeugend zu argumentieren. Sein Anspruch, endlich die „ganze Wahrheit“ einzufordern (S. 223), scheint einerseits legitim, kann letztlich aber auch von ihm selbst nicht eingelöst werden.

Wenngleich der Autor einräumen muss, dass bislang keine Dokumente als Bestätigung der abstrus anmutenden These gefunden worden seien, die Wehrmacht habe es darauf angelegt, dass flüchtende Zivilisten die ostpreußischen Straßen verstopften und somit das Vorankommen der Roten Armee behinderten, unterstellt er der Wehrmacht genau dieses Motiv (S. 237).

Zur Analyse und Deutung von massenhaften brutalen Übergriffen der Roten Armee bei ihrem Vormarsch und der Wirkungslosigkeit viel zu spät einsetzender Versuche der politischen und militärischen Führung, diese einzudämmen, ruft der Autor Maxim Gorki an. Jener beschrieb die Russen als „Anarchisten“, als „das sündigste Volk der Erde – unempfindlich für Gut und Böse, von Schnaps betrunken, vom Zynismus der Macht entstellt, scheußlich grausam und zuletzt unbegreiflich gutmütig“ (S.254). Wo bleibt hier die dialektische Einsicht des Kommunisten, wonach das Sein das Bewusstsein bestimme? Immerhin war das Gros der kämpfenden Truppe in der Sowjetunion geboren und sozialisiert worden.

Gleichermaßen widersprüchlich ist Fischs Ansatz, die Ursachen des Fehlverhaltens in der „inneren Situation der Rotarmisten und der Roten Armee“ zu suchen und nicht „zu personalisieren und/oder dem System anzulasten“ (S. 274). Ist der einzelne Soldat nicht immer eine Person und die Armee stets Teil des politischen Systems? In persönlichen Gesprächen stieß der Autor 1993 auf Erinnerungslücken der ersten sowjetischen Stadtteilkommandanten in Königsberg, sobald er Übergriffe (Vergewaltigungen) und Repressionsmaßnahmen (von Betroffenen als „Propagandamärsche“ bezeichnete mehrtägige Aktionen ohne erkennbaren Sinn und ohne jedes Ziel) ansprach (S. 283 f.). „Es muss noch viel Wasser den Pregel hinunterlaufen“, bis „die volle Wahrheit“ als Teil der Erinnerung der heutigen Bewohner Königsbergs angenommen werden kann (S. 287).

Die ausführliche Beschreibung der Tätigkeit der sowjetischen Kommandantur von Königsberg, 1945 nicht nur die eigenen Truppen, sondern auch die verbliebenen Deutschen ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, endet mit dem Eingeständnis, dass es „offenbar nicht ausreichend gelungen“ sei (S. 322). Diesen „Misserfolg“ als „die Vorwegnahme der welthistorischen Niederlage“ zu bezeichnen, „die das gesamte Gesellschaftsmodell des feudalbürokratischen Sozialismus 55 Jahre später erlitt“ (S. 323), ist (leider) ernst gemeint.

Die letzten Seiten seines Buches widmet Fisch dem Nachweis, dass Ostpreußen sowie Flucht und Vertreibung trotz gelegentlicher Ausnahmen „über den Großteil der Existenz der DDR ein streng gehütetes Tabu“ gewesen seien (S. 349).

Bleibt dem Rezensenten noch, die eingangs gestellte Frage zu beantworten, ob sich Engagement und Mut des Verlegers gelohnt haben. Das Buch ist in der Sache, zumindest in Teilen, durchaus beachtlich, im Geiste hingegen nur allzu oft bedenklich. Meinungsfreiheit sowie Freiheit der Wissenschaft scheinen auch 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus noch nicht im Denken des Autors angekommen zu sein.

Gerhard Barkleit, Wilhelm-Weitling-Straße 42 A, 01259 Dresden.



Florian Gräßler, *War die DDR totalitär? Eine vergleichende Untersuchung des Herrschaftssystems der DDR anhand der Totalitarismuskonzepte von Friedrich, Linz, Bracher und Kielmansegg*, Baden-Baden 2014 (Nomos), 362 S.

War die DDR totalitär? In dieser für eine deutschsprachige Qualifikationsschrift bemerkenswerten Klarheit und Knappheit prangt die erkenntnisleitende Fragestellung dem Leser auf dem Titelcover der hier anzuzeigenden Dissertation von Florian Gräßler entgegen. Es ist dies eine Fragestellung, die über Jahrzehnte hinweg hoch emotional und kontrovers diskutiert wurde. In der DDR- bzw. Deutschlandforschung der „Bonner Republik“ verliefen die Gräben zwischen Befürwortern systemtranszendenter und Verteidigern systemimmanenter Ansätze. Erstere traten im Geiste des Totalitarismusparadigmas dafür ein, die DDR am normativen Ideal der freiheitlich-demokratischen Grundordnung westlicher Prägung zu messen. Diese Schule dominierte die Zeit der Hallstein-Doktrin in den 1950er-Jahren und fand auch Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre in Gelehrten wie Siegfried Mampel oder Jens Hacker namhafte Repräsentanten. Im Laufe der 1960er-Jahre entwickelten sich allerdings massive Widerstände. Peter Christian Ludz und Hartmut Zimmermann plädierten dafür, die DDR von „innen“ heraus zu betrachten, d. h. an den von ihr selbst propagierten Maßstäben zu messen. In dieser Perspektive konstatierte Ludz in seiner viel beachteten Studie von 1968, die DDR habe sich von einem totalitären zu einem konsultativ-autoritären Industriestaat gewandelt.¹ Dieser Forschungszweig hatte seine einflussreichste Periode in den 1960er- und 1970er-Jahren, war er doch politisch besser mit der einsetzenden Entspannungspolitik kompatibel.

Im Kontext der allgemeinen Renaissance der Totalitarismustheorien nach der Wiedervereinigung wurde in den 1990er-Jahren auch in Deutschland der totalitäre Charakter der DDR erneut intensiv diskutiert. Dabei wurden diverse differenzierende Modifikationen in der Applikation des Totalitarismusbegriffs auf die DDR herausgearbeitet, wie etwa Eckhard Jesses an Juan Linz angelehnte temporale Unterscheidung zwischen einer totalitären und einer post-totalitären Phase² oder Wolfgang-Uwe Friedrichs Klassifizierung des SED-Regimes als „bürokratisch-totalitär“ im Unterschied zu „terroristisch-totalitär“.³ Klaus-Dietmar Henke empfahl aufgrund des durch die technischen Möglichkeiten perfekt

1 Vgl. Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Köln 1968, S. 324.

2 Vgl. Eckhard Jesse, *War die DDR totalitär?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40/1994, S. 12–33.

3 Vgl. Wolfgang-Uwe Friedrich, *Bürokratischer Totalitarismus. Zur Typologie des SED-Regimes*. In: Ders. (Hg.), *Die totalitäre Herrschaft der SED. Wirklichkeit und Nachwirkungen*, München 1998, S. 1–22.

durchorganisierten Verfolgungs- und Repressionsapparats gar, von einem „avancierten Totalitarismus“ zu sprechen.⁴ Klaus Schroeder bezeichnete die DDR als „(spät-)totalitär[en] Versorgungs- und Überwachungsstaat“.⁵ Von Seiten des Modernisierungsansatzes plädierte Jürgen Kocka dafür, die DDR als „moderne Diktatur kommunistischen Typs“⁶ einzustufen.

Insofern reiht sich Gräßler mit seiner Untersuchung in eine lange Traditionslinie von Forschungskontroversen auf ehemals geschichtspolitisch vermintem Terrain ein, auf die er in der Einleitung sowie im zweiten Kapitel bei der Vorstellung der von ihm verwendeten Konzepte ebenso ausführlich und kenntnisreich wie objektiv und sachlich eingeht. Konnte man früher mit der Frage nach dem totalitären Charakter der DDR erbitterte Debatten unter Studierenden in universitären Seminaren provozieren, erntet man heute eher Desinteresse, wenn man diese Frage zur Diskussion stellt. Mag man den großen Kontroversen ein Stück weit nachtrauern, so ist es dennoch grundsätzlich begrüßenswert, dass dergleichen Fragestellungen heute nüchterner und analytischer bearbeitet werden können als zu früheren Zeiten engagierter geschichtspolitischer Schlachten. Die normativ-deskriptive Doppelfunktion des Totalitarismus als wissenschaftliche Analyse-kategorie und politischer Kampfbegriff nimmt sich zweieinhalb Jahrzehnte nach der Auflösung der ideologischen Frontkonstellation des Kalten Krieges und dem Ende der DDR ganz anders aus, nämlich erfreulicherweise zugunsten einer wissenschaftlich neutraleren Perspektive.

Die Studie zerfällt neben Einleitung und Schlussbetrachtung in vier Teile: Zunächst werden die vier vom Verfasser ausgewählten Konzepte totalitärer Herrschaft, nämlich diejenigen von Carl Joachim Friedrich, Juan Linz, Karl Dietrich Bracher und Peter Graf Kielmansegg dargelegt und in den Forschungsdiskurs eingebettet. Insbesondere die entlang der vier Kriterien Extension, Intension, Operationalisierung und Erklärungskraft entfaltete vergleichende Zusammenfassung am Ende des Kapitels stellt eine sehr schöne Forschungssynthese dar. Als Ergebnis des Vergleichs und der theoretischen Prüfung wird überzeugend herausgearbeitet, dass es sich um politikwissenschaftliche Analyseinstrumente handelt, die zur empirischen Fallanwendung taugen: Sie gelten als für den praktischen Verwendungszweck inhaltlich hinlänglich bestimmt und die jeweiligen Merkmalskataloge sind für die qualitative – wenn auch nicht für die quantitative – empirische Überprüfung hinreichend präzise (S. 91).

Im sich daran anschließenden Kapitel wird die DDR unter insgesamt zehn Aspekten herrschaftssystemisch erfasst. Angefangen von der SED, dem Staatsaufbau und dem politischen Institutionensystem sowie dem Rechtssystem

4 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Für eine „Anatomie des SED-Sozialismus“. In: Deutschland-Archiv, 31 (1998), S. 83–86.

5 Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat, Gesellschaft 1949–1990, München 1998, S. 643.

6 Jürgen Kocka, Die DDR. Eine moderne Diktatur? Überlegungen zur Begriffswahl. In: Michael Grüttner u. a. (Hg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Ernst Rürup, Frankfurt a. M. 1999, S. 540–550, hier 545.

werden über die Blockparteien und Massenorganisationen, die Stasi, die Sicherheitsorgane und das Bildungssystem bis hin zu den Medien, der Wirtschaft und den Kirchen zentrale herrschaftsrelevante Aspekte beleuchtet. Möglicherweise hätte hier noch der Aspekt Opposition mit aufgenommen werden können. Ein stärkeres Abstellen auf den Gesichtspunkt der Ideologie wäre ebenfalls wichtig gewesen, da dieser in den verschiedenen Totalitarismuskonzepten eine wesentliche Rolle spielt. Erfreulicherweise wird dieser Bereich allerdings im Ausblick der Schlussbetrachtung noch einmal behandelt (S. 344 f.). Wengleich dieses gute 120 Seiten umfassende Kapitel seine Längen hat und man das eine oder andere hinlänglich Bekannte und Erforschte sicherlich etwas knapper hätte fassen können, so handelt es sich doch um eine historisch hervorragend informierte und die analytische Perspektive niemals aus dem Blick verlierende Darstellung, für deren Länge man mit einer hervorragenden Zusammenfassung am Ende entschädigt wird (S. 202–213).

Das vierte Kapitel ist schließlich als Herzstück der Arbeit zu bezeichnen, da hier das Herrschaftssystem der DDR in aufeinanderfolgenden Kapiteln anhand der vier genannten Konzepte überprüft und eingeordnet wird. Im Ergebnis wird festgehalten, dass die DDR nach den Kategorien aller vier Autoren über die gesamte Dauer ihres Bestehens als totalitär bezeichnet werden kann (S. 294). Es spricht für die Ausgewogenheit und Offenheit des Verfassers, dass er es nicht nur bei den Totalitarismuskonzepten belässt, sondern sich in einem Folgekapitel auch mit den konkurrierenden Konzepten von Konrad Jarauschs „Fürsorgediktatur“,⁷ Mary Fulbrooks „participatory dictatorship“⁸ und dem bereits erwähnten „moderne Diktatur“-Ansatz von Jürgen Kocka auseinandersetzt. Gräßler begreift diese sinnvollerweise nicht als konkurrierend, sondern als „komplementär“ zu den von ihm in den Mittelpunkt gerückten Totalitarismustheorien (S. 335–339). Einzig zu kritisieren bleibt, dass internationale Publikationen zur DDR-Forschung, die nicht in deutscher Übersetzung vorliegen, zu wenig Berücksichtigung finden. So hätte sicher die Auseinandersetzung mit dem Birminghamer DDR-Experten Corey Ross gelohnt, demzufolge das SED-Regime mit Totalitarismuskonzepten nicht zu analysieren sei.⁹ Gleiches gilt für Peter Grieders zynisch anmutende, aber durchaus ernst gemeinte Feststellung, die DDR sei aufgrund von unfähiger Führung als die ineffizienteste totalitäre Herrschaft, die es je gegeben habe, zu bezeichnen.¹⁰

7 Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20 (1998), S. 33–46.

8 Vgl. Mary Fulbrook, *The People's State. East German Society from Hitler to Honecker*, London 2005, S. 235–288.

9 Vgl. Corey Ross, *The East German Dictatorship. Problems and Perspectives in the Interpretation of the GDR*, London 2002, S. 35.

10 Vgl. Peter Grieder: *In Defence of Totalitarianism Theory as a Tool of Historical Scholarship*. In: *Totalitarian Movements and Political Religions*, 3–4 (2007), S. 563–589, hier S. 571–572.

Der unbestreitbare Mehrwert der Arbeit besteht darin, dass Gräßler zu einer altbekannten Frage eine innovative Forschungsleistung vorlegt. Schließlich hat niemand der vier behandelten Totalitarismustheoretiker sein Konzept konsequent und konkret auf das SED-Regime angewendet: Bracher und Friedrich hatten das faschistische Italien, NS-Deutschland und den Stalinismus im Blick, Linz die lateinamerikanischen Autokratien und Kielmansegg arbeitete deduktiv, weniger empirisch (S. 329). Insofern leistet Gräßler einen Transfer, der in dieser Form der Verbindung von Theoriekonzeptionen und qualitativer empirischer Anwendung ein Forschungsdesiderat bei einer geschichtspolitisch lange hoch umstrittenen Frage schließt. Man wundert sich im Lichte des umfangreichen Schrifttums zu diesem Themenkomplex ein wenig, dass bislang noch niemand auf diese Idee gekommen ist. Als besonders große Stärke ist die analytische Schärfe und die beeindruckende Systematik in der Vorgehensweise hervorzuheben, die im Übrigen nicht untypisch ist für die Qualifikationsschriften, die aus der Chemnitzer „Kaderschmiede“ von Eckhard Jesse kommen. Auf die erkennbare anleitende akademische Hand des inzwischen emeritierten Chemnitzer (Alt-)Meisters hinzuweisen tut der inhaltlichen Eigenleistung seines Schülers keinerlei Abbruch.

Manuel Becker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, Lennéstraße 25, 53113 Bonn.



Rainer Eckert, Opposition, Widerstand und Revolution. Widerständiges Verhalten in Leipzig im 19. und 20. Jahrhundert, Halle (Saale) 2014 (Mitteldeutscher Verlag), 412 S.

Warum war Leipzig das Zentrum der Friedlichen Revolution? Dieser Frage geht Rainer Eckert in seinem neuen Buch nach, in dem er einen weiten Bogen vom 19. Jahrhundert bis in den Herbst 1989 spannt. Zunächst beleuchtet er die historischen und strukturellen Voraussetzungen, die Leipzig von Beginn an zu einem Zentrum Andersdenkender in der SED-Diktatur werden ließen. Dazu gehörten insbesondere die Weltoffenheit der alten Handelsstadt, eine Widerstandstradition gegen staatliche Obrigkeiten, ein starkes Bürgertum, eine ausdifferenzierte Kulturszene und dank der Universität ein intellektuelles Milieu. Diese Bedingungen führten dazu, dass sich in Leipzig zu allen Zeiten der SED-Diktatur Protest regte. Am 17. Juni 1953 demonstrierten zwischen 40 000 und 100 000 Menschen gegen die kommunistische Herrschaft. 1965 versammelten sich 2 500 Menschen auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz, um gegen das Auftrittsverbot lokaler Beatbands zu protestieren. Im Juni 1968 kam es zu einer ganzen Reihe von mutigen Protesten gegen

die Sprengung der Universitätskirche. Und in den 1980er-Jahren etablierte sich im Schutzraum der Kirchen eine alternative Umwelt- und Friedensbewegung.

Durchaus ähnliche Voraussetzungen und vergleichbare Protestformen gab es allerdings auch in anderen Städten der DDR. Wie wurden also aus den Andersdenkenden der 1980er-Jahre gerade in Leipzig Andershandelnde? Rainer Eckert rekonstruiert als nächstes minutiös die Genese einer Protestbewegung und schildert eindringlich, wie aus den 500 Teilnehmern der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar schließlich mehr als 70 000 Demonstranten wurden, die am 9. Oktober auf die Straße gingen und damit den Anfang vom Ende des SED-Regimes einläuteten. Ihre Dynamik gewannen die Ereignisse nicht zuletzt daraus, dass ganz unterschiedliche Akteure im öffentlichen Protest zusammenfanden.

Die Nikolaikirche wurde im Herbst 1989 zu dem Ort, an dem drei entscheidende Entwicklungen zusammenliefen und sich zuspitzten. Ausgehend von den Friedensgebeten, die dort seit 1981 stattfanden, formierte sich erstens eine „Notgemeinschaft“ aus oppositionellen Basisgruppen und Ausreisewilligen. Die Spannungen im Verhältnis zwischen Kirchenleitung und Basisgruppen nahmen nun rasch zu. Die Kirchenleitung warf den Basisgruppen vor, die Gottesdienste für ihre politischen Ziele zu missbrauchen, die Basisgruppen unterstellten wiederum der Kirchenleitung, sich dem Regime anzubiedern. Als die Kirchenleitung schließlich die Basisgruppen aus dem Schutzraum Kirche herausdrängen wollte, suchten diese eine alternative Öffentlichkeit vor der Kirche. Damit hatte sich der Protest eher unfreiwillig auf die Straße verlagert.

Zweitens war für den Erfolg der Friedlichen Revolution ausschlaggebend, dass das MfS die ersten öffentlichen Proteste nicht gleich durch massive Gewaltanwendung unterband. Stattdessen setzte die Staatssicherheit darauf, dem Willen der Ausreisewilligen stattzugeben, um auf diese Weise die Protestbewegung ausbluten zu lassen. Hierbei unterschätzte das MfS allerdings die Zahl derjenigen, die nicht mehr länger in der DDR leben wollten. Das Kalkül schlug fehl, denn diese Praxis ermutigte immer mehr Menschen, an den Friedensgebeten teilzunehmen und ihre Ausreise zu erwirken. Die Zahl der Teilnehmer am Friedensgebet riss deshalb nicht ab, sondern nahm kontinuierlich zu.

Drittens etablierten die Demonstranten eine Kultur der Gewaltlosigkeit, die es den staatlichen Autoritäten erschwerte, den Protest ihrerseits mit roher Gewalt zu brechen. Die Polizeipräsenz um die Nikolaikirche war ungemein hoch, doch ließ man die Demonstranten zunächst gewähren. Als die Staatsmacht am 4. September schließlich zur Gewalt als Mittel griff, war es für eine geräuscharme Unterbindung des Protests schon zu spät: Die westlichen Medien waren längst vor Ort und filmten die gewaltsamen Übergriffe gegen die friedlichen Demonstranten. Den Verhafteten schlug eine Welle der Solidarität entgegen, die wiederum noch mehr Menschen auf die Straße zog. Aus Rücksicht auf das internationale Ansehen der DDR entschied die SED-Führung, zunächst die Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober abzuwarten und den Protest anschließend durch einen massiven Einsatz von Gewalt zu beenden. Als am 2. Oktober meh-

re Tausend Menschen auf die Straße gingen, ging man bereits gewaltsam gegen diese vor. Doch die Menschen ließen sich nicht mehr einschüchtern. Gleichzeitig erodierte das Regime von innen. Polizisten und Betriebskampfgruppen äußerten zunehmend Skrupel, die Herrschaft der SED mit Gewalt gegen die wachsende Zahl von Demonstranten zu verteidigen.

Die Ereignisse des 9. Oktober hatte dennoch niemand vorhergesehen; sie werden von Rainer Eckert eindrucksvoll beschrieben. Mehrere Tausend Polizisten hatten sich darauf vorbereitet, die Montagsdemonstration dieses Mal unter allen Umständen aufzulösen. Ein riesiges Polizeiaufgebot stand bereit und sollte vor keinem Mittel zurückschrecken. Die Einsatzleitung hatte durchaus mit mehreren Tausend Demonstranten gerechnet, jedoch nicht mit mehr als 70 000 Menschen. Vor dieser Masse kapitulierte die Leipziger Polizei und zog sich zurück. Das SED-Regime hatte das Heft des Handelns aus der Hand gegeben und erlangte es nicht mehr zurück.

Rainer Eckert hat eine Geschichte der Friedlichen Revolution geschrieben, die einerseits deren strukturelle Voraussetzungen analysiert und zugleich verdeutlicht, dass es einzelne Personen und Ereignisse waren, die zu jenem Wunder am 9. Oktober 1989 führten, an dem so viele Menschen den Mut fanden, trotz des erwarteten gewaltsamen Polizeieinsatzes gegen die Verhältnisse in der SED-Diktatur zu demonstrieren. Denn am Ende war es die unerwartet große Zahl an Demonstranten, die die Staatsmacht vor der Anwendung von Gewalt zurückschrecken ließ. Rainer Eckert zollt deshalb den Leipzigern den größten Respekt für ihren Mut und hat ihnen mit diesem Buch sein ganz eigenes Denkmal gesetzt.

Jörg Ganzenmüller, Stiftung Ettersberg, Jenaer Str. 4, 99425 Weimar.



Eckhard Jesse, Extremismus und Demokratie. Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln 2015 (Böhlau), 488 S.

Der Zweck von politikwissenschaftlichen Monographien dient erstens in der Regel dazu, ein meist eng umrissenes Forschungsgebiet darzustellen und Spezialanalysen zuzuführen, meist in Form von Dissertationen oder Habilitationen, die der akademischen Weiterqualifikation dienen. Nicht selten aber, meist mit fortgeschrittenem Alter des Verfassers, werden Monographien auch genutzt, um persönliche, langsam aus dem Politikwissenschaftlichen ins Politische driftende Gedanken des Verfassers zu (re-)formulieren, verbunden mit dem Subtext, das gesamte Œuvre noch einmal zu rekapitulieren und einer breiten Leserschaft zugänglich zu machen. Verständlich und auch lobenswert ist diese Vorgehensweise allemal, ist es doch die Last eines mit den Jahren immer umfangreicher gewordenen theoretischen

Wissens, das es geradezu zur akademischen Pflicht avancieren lässt, auch praktische Handlungsempfehlungen für die Politik zu geben.

Am Beispiel der voluminösen Aufsatz- und Beitragssammlung von Eckhard Jesse lässt sich dies schön nachvollziehen. Dabei folgt die Publikation dem Lebenswerk des Autors und deckt gleichmäßig die wichtigsten Forschungsthemen des Chemnitzer Politikwissenschaftlers ab. In einem ersten Teil wird die Geschichte der Politikwissenschaft rekapituliert, indem die erste Generation an Hochschullehrern einer Würdigung zugeführt wird. Dass dies nicht ganz unwichtig ist, zeigt die Kontroverse um die Abschaffung des Theodor-Eschenburg-Preises, mit dem Argument, seine Verstrickung in die Enteignung eines befreundeten jüdischen Mitbürgers sei nicht letztgültig aufzuklären bzw. er habe sich schuldhaft verhalten. Die sich über Monate durch die wichtigsten Gazetten der Bundesrepublik hinziehende Debatte um ein Für und Wider zeigte die Verletzlichkeit und das mangelnde Selbstbewusstsein eines jungen, kaum kanonisierten Lehrfaches im Schulenstreit, auf der Suche nach einem gemeinsamen Narrativ über die eigene Vergangenheit. Dass Jesse hier die Abschaffung des Preises als „Armutzeugnis“ (S. 51) bezeichnet, mag durchaus überzeugen, ist angesichts der in der gesamten Forschungsbreite vertretenen konservativen Strickung aber doch auch nicht verwunderlich. Auch die Auswahl dargestellter biografischer Bilder (Karl-Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz) weist in diese Richtung, wird allerdings auch begründet.

In einem zweiten Teil handelt die Publikation vom Leib-und-Magen-Thema des Verfassers, dem politischen Extremismus. Mit Verve, scharfer Argumentation und auch teilweiser Schärfe setzt Jesse hier seinen bekannten Kampf gegen alternative Interpretationen des Extremismusbegriffs und seiner Verortung im politischen Spektrum fort, analysiert Herkunft und Wandel der streitbaren Demokratie, widmet sich Feindbildern im Extremismus und wehrt sich mit Vehemenz gegen die auf der Tradition Seymour Martin Lipsets basierende Anschauung, dass politischer Extremismus in Phasen des Hochkapitalismus auch der Mitte entspringt, indem er einer „Leipziger Forschergruppe“ entgegen tritt.

Im dritten Teil rekapituliert Jesse Parteiengeschichte sowie Wahlergebnisse und entwirft Zukunftsoptionen für schwächelnde Akteure des intermediären Sektors (Linke, FDP), wiederholt sein Plädoyer für eine Erneuerung des Wahlsystems und widmet sich generell in teilweise profunden Analysen der gesamten Parteienlandschaft. Ein Exkurs am Ende der Studie enthält Hinweise zur Promotion sowohl für Doktoranden als auch für Betreuer, immer im Hintergrund ein liberales Verständnis von Wissenschaft, verbunden mit einem hohen Verantwortungsethos auf beiden Seiten. Mit Sicherheit hat dieser Teil Aufnahme in die Publikation gefunden, da sie Jesse sehr am Herzen lag und Beispiel für eine dem Menschen zugewandte Politikwissenschaft ist, der es niemals nur um die theoretische Konfrontation geht, sondern immer auch um die paternalistische Betreuung des akademischen Nachwuchses. Die Bekenntnisse seiner akademischen Zöglinge und deren schiere Zahl sprechen da eine eindeutige Sprache. So bietet der Sammelband einen Überblick über ein Forscherleben in vielen seiner

Facetten: Wissenschaftliche Publikationen, Zeitungsbeiträge und Handreichungen für Studenten greifen ineinander und ergeben ein luzides Bild der Breite universitärer Lehrtätigkeit.

Freilich mag diese Konzeption nicht jeden überzeugen. Für wissenschaftlich Interessierte fehlen durchaus Perlen der Auseinandersetzung mit Lipset wie im Jahrbuch *Extremismus & Demokratie*, der an Dringtiefe und argumentativer Kraft den Beitrag im Band bei weitem überragt, das Vademecum zum Verfassen von Dissertationen hat keinen erkennbaren Mehrwert für Laien. Kurzum: Es drängt sich der Eindruck auf, als wäre viel Verwertbares noch nicht als Kompendium erschienen und wurde so noch einmal auf den Markt gebracht, und die Frage nach dem *cui bono* wird nur unbefriedigend beantwortet, zumal ein die Einzelbeiträge resümierender, zusammenfassender Artikel fehlt. Auch der Stil trübt bisweilen das Bild, der Band erweckt besonders in den Regieanweisungen des Eingangsartikels den Eindruck, es handle sich um eine Mischung aus selbst herausgebrachter Festschrift und politisch-wissenschaftlichem Bekenntnis. Ob und wieso dem Verfasser „Leisetreterei ein Gräuelt“ (S. 8) ist, erschließt sich dem Leser nicht, es dürfte ihm auch egal sein. Es wird zwar als Muster der Authentizität angeführt, ist aber letztlich für eine wissenschaftliche Publikation unangebracht, für eine politische Veröffentlichung nicht genug begründet. Will heißen: Der Unterhaltungswert des Bandes ist sicher enorm und bietet eine Gesamtschau über das Potpourri an Beiträgen, die sich fast allesamt an ein anderes Publikum richten. Darin kann man freilich auch einen Mangel sehen. Wer sich einen groben Überblick über ein Lebenswerk verschaffen will, ist mit dem Band gut bedient.

Alexander Straßner, Universität Regensburg, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft (Westeuropa), 93053 Regensburg.



Frank Decker/Bernd Hennigsen/Kjetil Jakobsen (Hg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden 2015 (Nomos), 414 S.

Es ist unnötig, den nicht abreißen lassen Flüchtlingsstrom nach und die hitzigen politischen Gefechte in Europa über die Wege der Krisenbewältigung zu verfolgen, um zu erkennen: Die Flucht vor Bürgerkriegen, politischer Verfolgung oder materieller Armut stellt eine, wenn nicht die Belastungsprobe für die Europäische Union im 21. Jahrhundert dar. Dafür sprechen neben der Ausbreitung defekter Demokratien und den Gefahren durch international agierenden Terrorismus die Verheerungen, die der Klimawandel mit sich bringt. Vor diesem weltpolitischen Hintergrund und den damit zu erwartenden

tektonischen Verschiebungen der gesellschaftlichen Zusammensetzung Europas dürften sich die Jahrzehnte unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als „Goldene Ära nicht nur des Friedens und des Wohlstandes, sondern auch der Demokratie“ (S. 13) ausnehmen.

Das liegt auch – aber nicht nur – daran, dass die vor der EU liegenden Herkulesaufgaben die politischen Spannungen, die gesellschaftliche Polarisierung und die Gefährdung der Demokratie durch vor allem rechtspopulistische und -extremistische Parteien noch weiter verschärfen dürften als sie es bisher getan haben. Die genannten Parteien bilden seit etwa den 1970er-Jahren das Gegenstück zu den „Grünen“. Ihre Etablierung wird darum häufig in Anlehnung an den italienischen Politikwissenschaftler Piero Ignazi als „silent counter-revolution“ apostrophiert. Ihre jüngeren Erfolge sind – anders als lange vermutet – nicht an reale wirtschaftliche Krisen geknüpft, sondern in erster Linie an Gefühle der sozio-ökonomischen Verunsicherung und an den verbreiteten subjektiven Eindruck, zur abgehängten Sicht der Gesellschaft („Modernisierungsverlierer“) zu gehören. Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die soziale Individualisierung, schließlich auch die jüngste Banken- und Finanzkrise, die allesamt vor keiner westlichen Gesellschaft Halt machten, waren und sind ausschlaggebend dafür. Diese ökonomische Verunsicherung, verbunden mit der Verunsicherung durch die Migration von Millionen Menschen, lässt für die nähere Zukunft beträchtliche gesellschaftliche Konflikte und eine rasante Polarisierung erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist der Sammelband von Frank Decker, Bernd Henningsen und Kjetil Jakobsen zu sehen, der auf eine Tagung im Frühjahr 2013 zurückgeht und wissenschaftliche, journalistische, politische und zivilgesellschaftliche Perspektiven auf den Rechtspopulismus und -extremismus wirft. Das international besetzte Autorenteam geht höchst unterschiedlichen Aspekten auf den Grund. Diese lassen sich normativen Positionen (den Politikern unter den Autoren überlassen), Diagnosen in verschiedenen europäischen Staaten, dem Medienbereich und Lösungsstrategien zuordnen.

Während das mit zwei Beiträgen kürzeste Kapitel der Politiker („Positionen“) lediglich Phrasen aus politischen Sonntagsreden wiedergibt und insofern überblättert werden kann, sind die Diagnosen durchaus erhellend, auch wenn sie nicht unter einer übergeordneten Leitfrage oder mithilfe identischer Analysekategorien erstellt worden sind. Von den Porträts einschlägiger Parteien in Europa (besonders in den Alpen und in Skandinavien), die einen aktuellen, gleichwohl kaum überraschenden Einblick für den vermitteln, der auf wenigen Seiten die wichtigsten Informationen sucht, heben sich drei Kapitel ab. Dazu gehören die Analyse der Ursachen für Rassismus in der französischen Gesellschaft (Yves Bizeul), eine Narration von Anders Breiviks Weg in den Terrorismus (Aage Borchgrevink) und der Beitrag über AfD und Pegida (Frank Decker). Die ersten beiden genannten Beiträge stechen aus dem Kapitel durch ihr abweichendes (nichts desto trotz wichtiges) Thema hervor; der Beitrag Frank Deckers zunächst durch die Behandlung eines „Sonderfalls“, schließlich war die Bundesrepublik in der Vergangenheit für Parteien rechts der Union weithin unfruchtbares Ge-

biet. Doch das änderte sich mit dem Aufkommen von – ursprünglich – Bernd Luckes „Professorenpartei“. Worauf beruht ihr Erfolg? Frank Decker vermutet eine „Gewinnerformel“ bei der AfD, die wirtschaftsliberale, national-konservative und rechtspopulistische Elemente verbindet (S. 79). Allerdings gerät durch den Fokus auf die Partei die Umwelt in Vergessenheit: Hätte die „Erfolgsformel“ zu einer solch immensen Popularität (bei den Herbst-/Winter-Umfragen 2015 erzielte sie zwischen fünf und zehn Prozent Zustimmung) geführt, wenn nicht Euro- und Flüchtlingskrise ihr in die Hände gespielt hätten? Zu Recht erkennt Decker in „Unsicherheit und Unbehagen“ (S. 86) die zentralen Motive für die Wähler – aber auch für die Pegida-Anhänger. Es lässt sich indes darüber streiten, ob tatsächlich „das stark konservativ geprägte Umfeld der sächsischen Politik, die Anknüpfungspunkte im organisierten rechtsextremen Milieu und der spezifische Dresdner Opferstolz am Erfolg sicherlich großen Anteil hatten“ (ebd.). Macht man es sich damit nicht ein bisschen zu einfach? Es fehlt an belastbaren, repräsentativen Studien zur Zusammensetzung und zu den Ursachen (nicht den Gründen) für die Teilnahme bei Pegida; abgesehen davon, mögen diese Aspekte im Verlauf der Zeit einem Wandel unterlegen haben. Pegida im Herbst 2014 ist nicht Pegida im Winter 2015.

Anders als das Kapitel „Medien“, das aufgrund seiner massiven inhaltlichen Heterogenität kaum für Vergleiche taugt – von Breiviks Radikalisierung im Netz bis hin zur Rolle sozialer Medien für den organisierten Rechtsextremismus wird eine ganze Bandbreite an Themen angerissen –, steht das letzte Kapitel unter einer für Wissenschaftler wie Praktiker eingängigen Überschrift, das Lehren aus dem aufkommenden „Lone-Wolf-Terrorismus“, wie er typisch für Breivik war, aus erstarkenden Rechtsaußenparteien und aus dem Internet als neuem Forum rechtsextremer Agitation zieht: „Strategien“. Neben den konventionellen Ansätzen – etwa: konsequente strafrechtliche Verfolgung extremistischer Handlungen, Deradikalisierungsmaßnahmen und psychosoziale Beratungen – finden sich recht originelle Anregungen, die auf den Wandel im Umfeld von Rechtspopulismus und -extremismus, aber auch auf Forschungsdefizite reagieren.

Dazu gehören die Forderungen nach einer Art „Extremismus-Wikipedia“, das von den EU-Staaten oder -Behörden kontrolliert werden und über Extremismus – übrigens nicht nur rechter Provenienz – informieren soll (S. 331); nach einem diskursiven Austausch mit Extremisten und Populisten im Schema der scholastischen Quaestio (S. 355), nach dem Aufbau deutscher „Think Tanks“ – solchen im angloamerikanischen Raum nicht unähnlich –, die mit Expertise zu „Extremismus und Terrorismus“ aufwarten können (S. 373). Von all diesen Vorschlägen sind wahrlich keine Wunder zu erwarten, doch wie viele gedruckte Broschüren, Studien und Sammelbänder haben die politischen Bildungsinstitutionen in Umlauf gebracht, obwohl die Mehrheit der Jugendlichen sich hauptsächlich online informiert? Wie oft belassen es etablierte Politiker beim „Ausgrenzen“ und „Aufs-Schärfste-Verurteilen“, wenn vermeintliche und tatsächliche Rechtsextremisten das Wort ergreifen – wie jüngst bei Pegida? Und was das Fehlen wissenschaftlicher Expertise angeht: Es gibt sie, doch sie spielt

politisch kaum eine Rolle, was an der fehlenden institutionellen Vernetzung, an ideologischen Grabenkämpfen, an der Scheu vor Handlungsempfehlungen und am Desinteresse der Politik an Hilfestellungen jenseits der soziologischen Prävention liegt.

Der Band vereint unterschiedliche Professionen, theoretische Zugänge und Themenbereiche: Neben Rechtspopulismus und -extremismus spielt der -terrorismus an vielen Stellen eine zentrale Rolle. Das erklärt die selbst für einen Sammelband erstaunliche Heterogenität. Zugleich wirft sie die Frage auf: Ist Rechtspopulismus nicht doch eine Art „Rechtsextremismus light“? Die Antwort muss mit Blick auf die Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates klar „Nein“ lauten, zumal die Unterscheidung zwischen „demokratisch“ und „extremistisch“ allen empirischen Unwägbarkeiten zum Trotz eine dichotome ist; mit Blick auf Argumentationsmuster, individuelle wie gesellschaftliche Ursachen, mikrosoziale Dynamiken, die gesellschaftliche Polarisierung und politische Reaktionsmuster fällt die Antwort hingegen vielleicht nicht ganz so leicht. (Rechts-)Extremismus und (Rechts-)Populismus sind sich, das illustrieren die Beiträge an vielen Stellen, vermutlich ähnlicher, als oftmals behauptet.

Tom Mannewitz, TU Chemnitz, Institut für Politikwissenschaft, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz.